

Mehr Ferien für Lehrlinge = weniger Chancen

Die Idee – von den Gewerkschaften lanciert – klingt für viele attraktiv: Acht statt fünf Wochen Ferien für Lernende sollen die psychische Gesundheit der Lernenden verbessern und die Berufslehre attraktiver machen. Auf den ersten Blick klingt das nach Fortschritt und einem Schritt in Richtung Gleichberechtigung; in der Volksschule und im Gymnasium sind die Anzahl Ferien schliesslich noch viel zahlreicher. Doch wer genauer hinschaut, erkennt: Diese Forderung gefährdet das Erfolgsmodell der Berufsbildung – ökonomisch, aber vor allem auch sozial.

Die Berufslehre ist heute eines der erfolgreichsten Instrumente der Schweizer Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Sie ist ein massgeblicher Faktor für die tiefe Jugendarbeitslosigkeit und eine im internationalen Vergleich geringe Einkommensungleichheit. Besonders stark ist auch ihre integrative Wirkung: Die Schweiz zählt zu den Ländern mit der höchsten intergenerationalen Einkommensmobilität. Sprich: In kaum einem anderen Land entscheidet die familiäre Herkunft so wenig über das Einkommen der Kinder. Ein Erfolg, der in hohem Mass dem Berufsbildungssystem mit seinen zahlreichen Anschlussmöglichkeiten in die höhere Berufsbildung und ins Hochschulsystem zugeschrieben wird.

Dieser Erfolg ist kein Selbstläufer. Er funktioniert nur, weil Betriebe bereit sind, junge Menschen auszubilden – und weil sich diese Investition für sie rechnet. Untersuchungen zeigen: Der durchschnittliche

«Vorschläge, die unter dem Banner der Gerechtigkeit laufen, treffen in der Realität häufig die Schwächsten.»

betriebliche Nettonutzen pro Lehrstelle ist über alle Branchen hinweg leicht positiv, jedoch empfindlich gegenüber reduzierter Arbeitszeit und zusätzlichem Aufwand. Steigen also Ausbildungskosten – etwa durch längere Ferien – ist die Gefahr gross, dass weniger Lehrstellen angeboten werden. Denn ganz abgesehen davon, dass zusätzliche Ferien den Druck erhöhen, die Ausbildungsziele in kürzerer Zeit zu erreichen, bedeuten sie vor allem eines: weniger produktive Arbeitszeit und damit höhere Kosten für die Betriebe.

Schrumpft das Lehrstellenangebot, steigt der Selektionsdruck. In der Folge erhalten tendenziell leistungstärkere Jugendliche den Zuschlag, während leistungsschwächere – tendenziell häufiger sozial benachteiligte – häufiger leer ausgehen. Das gefährdet die Chancengleichheit, denn gerade Jugendliche aus einem sozial schwächeren Umfeld profitieren besonders von diesem ersten und wichtigen Schritt in den Arbeitsmarkt.

Eine pauschale Forderung nach acht Wochen Ferien ist auch im Hinblick auf die psychische Gesundheit der Jugendlichen fehlgeleitet. Denn erstens empfinden viele Jugendliche psychische Belastungen – unabhängig vom Bildungsweg. Die Lehre ist nicht Ursache, sondern Teil einer Lebensphase, die ohnehin von Unsicherheit, Orientierungssuche und wachsendem Druck geprägt ist. Zweitens kann zusätzliche Freizeit sogar neue Probleme schaffen – insbesondere für jene, die geringe oder fehlende familiäre Unterstützung oder soziale Isolation erfahren.

Gerade hier kann die Berufsbildung eine stabilisierende Funktion übernehmen. Denn sie ermöglicht erwiesenermassen vielen Jugendlichen psychisches Wachstum. Drittens steht es grundsätzlich jedem Unternehmen und jeder Branche frei, die Anzahl Ferien für Lernende zu erhöhen. Einzelne Branchen und auch Betriebe bieten heute schon mehr als die gesetzlich geregelten fünf Wochen an.

Mehr Ferien in der Berufslehre beeinträchtigen also die Chancengleichheit doppelt: Sie reduzieren erstens das Lehrstellenangebot und schwächen dann gerade für bildungsbenachteiligte Jugendliche jene Tagesstruktur, die Halt und Orientierung gibt. Beides wirkt sich negativ auf ihre Entwicklung und auch auf die psychische Gesundheit aus.

Einmal mehr zeigt sich: Gut gemeint ist noch nicht gut gemacht. Vorschläge, die unter dem Banner der Gerechtigkeit laufen – sei es bei Ferien, Mindestlöhnen oder Kündigungsschutz –, treffen in der Realität häufig die Schwächsten. Wer es ernst meint mit Gerechtigkeit, muss hinschauen, was wie wirkt. Nicht nur, was gut klingt.



Nicole Meier ist Leiterin Bildung des Schweizerischen Arbeitgeberverbands